

Stadtregion Bremen

Die Stadt Bremen und ihr Umland

Seit mindestens drei Jahrzehnten ist bundesweit eine Entwicklung zu verzeichnen, die als Suburbanisierung beschrieben wird. Kern dieser Entwicklung ist, dass in erheblichem Umfang Einwohner ihren Wohnort aus den Großstädten in das unmittelbare Umland verlegen. So entwickelt sich aus einer dominierenden Großstadt mit einem dünn besiedelten Umland, eine „Stadtregion“, bestehend aus einer Kernstadt und einem Umland, das u.a. durch den Bevölkerungszuwachs stark an Bedeutung zunimmt. Für die Stadtstaaten ist diese Entwicklung besonders problematisch, da das jeweilige Umland einem anderen Bundesland zugeordnet ist als die Kernstadt. Diese strukturelle Besonderheit führt bei den Stadtstaaten zu erheblichen finanziellen Nachteilen. So schwächt jeder Einpendler, der seinen Wohnort im Umland, seinen Arbeitsort jedoch im wirtschaftlichen Zentrum (Stadtstaat) hat, sowohl über die Lohnsteuererlegung (die am Arbeitsort aufkommende Lohnsteuer wird nach dem Wohnsitzprinzip zerlegt und somit an das Umland abgeführt) als auch über die Um-

satzsteuer (Verteilung u.a. nach Einwohnerzahl) den Stadtstaat. Die Kosten der von Großstädten vorgehaltenen Einrichtungen (Theater, Museen, Hochschulen etc.) werden in einem Flächenland u. a. über den kommunalen Finanzausgleich von den jeweiligen Umlandgemeinden mitgetragen. Die Kosten für die großstädtische Infrastruktur der

Stadtstaaten werden dagegen allein von diesen getragen, obwohl der Nutzen weit über die Stadtgrenze hinausgeht. Als Ersatz für diese strukturellen Nachteile der Stadtstaaten dient die erhöhte Einwohnerwertung (135 %) im Länderfinanzausgleich, die im Rahmen der anstehenden Neuordnung der Finanzverteilung auf dem Prüfstand steht. Das u. a. hieraus resultierende besondere Interesse an der Stadt-Umland-

Problematik Bremens ist Anlass der nachfolgenden Darstellungen zur Entwicklung und zu den aktuellen Bezügen zwischen der Stadt Bremen und ihrem niedersächsischen Umland (vergleichbare Auswertungen für die Umlandbeziehungen der Stadt Bremerhaven werden in einem der kommenden Finanzberichte separat behandelt). Ziel der



Analysen ist es dabei nicht, fertige Lösungsansätze für die Steuer- und Kostenverteilungsproblematik zu liefern, die sich aus der Zugehörigkeit von Metropole und Umland zu verschiedenen Bundesländern zwangsläufig ergeben. Beabsichtigt ist vielmehr eine Zusammenstellung von Fakten, die die Beziehungen der Gebietskörperschaften objektiv abbilden und die tatsächlich auftretenden Nutzen und Belastungen im Spannungsfeld zwischen Kooperation und Konkurrenz belegen sollen.

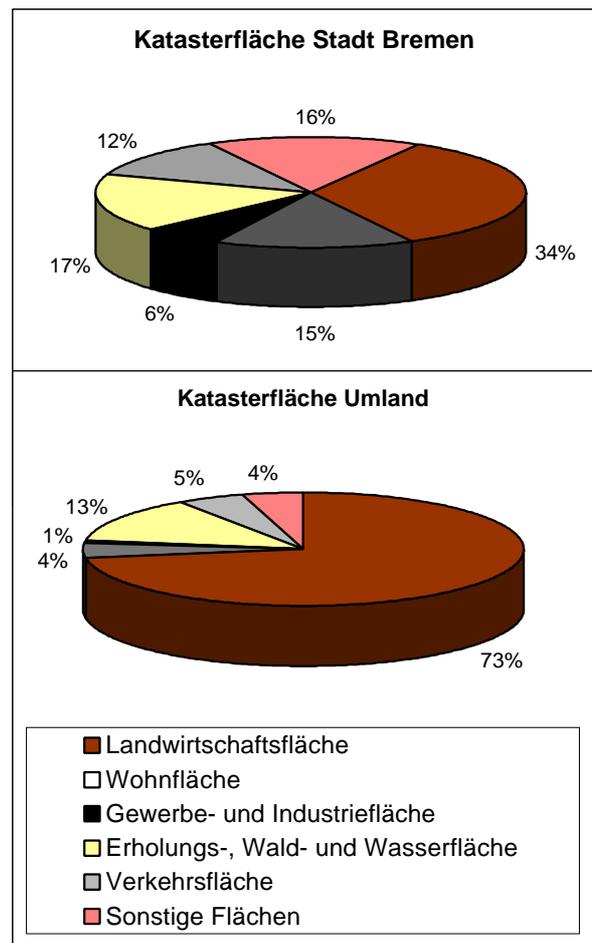
Da es keine Gebietskörperschaft „Umland“ gibt, werden in dem nachfolgenden Stadt Bremen-Umland-Vergleich Einheits- und Samtgemeinden, die vom Zentrum der Stadt Bremen (Marktplatz) bis zu 30 Kilometer Luftlinie entfernt liegen, zu der künstlichen Einheit „Umland“ zusammengefaßt, um Strukturdaten dieser Einheit mit der Stadt Bremen vergleichen zu können. Diese Darstellungsweise berücksichtigt nicht die Eigenständigkeit der Gemeinden oder die unterschiedliche Zugehörigkeit zu Landkreisen. Für einen Vergleich wichtiger Strukturdaten bietet sich das künstliche Gebilde „Umland“ jedoch zwingend an, um aussagekräftige Ergebnisse zu erzielen.

Zu diesem auf der ersten Seite grafisch dargestellten Umland der Stadt Bremen werden 23 Einheits- und sieben Samtgemeinden gerechnet, wobei sich die Einwohnerstärke im Jahr 1998 zwischen knapp 6.000 (Dötlingen) und über 77.000 (Delmenhorst) Einwohnern bewegt. Außer der Stadt Delmenhorst weisen sieben weitere Gemeinden mehr als 20.000 Einwohner auf. Diese sind in der Grafik dunkler eingefärbt.

Nutzungsarten der Bodenfläche: Trotz teilweise noch stark landwirtschaftlich geprägter Flächennutzung weist das Umland pro Einwohner größere Wohn-, Verkehrs- und Gewerbeflächen als die Stadt Bremen auf.

Da die Gebietsfläche der Stadt Bremen nicht einmal zehn Prozent der Gebietsfläche des Umlands beträgt, ist eine Analyse der prozentualen Aufteilung nach Nutzungsarten aussagekräftiger als die Auswertung nach absoluten Werten. Wie die folgende Grafik verdeutlicht, zeigt die prozentuale Aufteilung der Gebietsfläche nach Nutzungsarten erwartungsgemäß deutliche Unterschiede zwischen der Groß-

stadt Bremen und dem (noch) zu einem großen Teil ländlichen Umland.



Die Landwirtschaftsfläche ist überraschenderweise nicht nur im Umland, sondern auch in der Stadt Bremen von der Größe her die bestimmende Nutzungsart: In der Großstadt Bremen ist ein Drittel der Bodenfläche der Nutzungsart Landwirtschaft zugeordnet. Im Umland ist die Dominanz dieser Nutzungsart jedoch ungleich größer. Hier sind fast drei Viertel der gesamten Gebietsfläche der Landwirtschaft zugeordnet. Dafür ergibt sich bei der prozentualen Aufteilung der Nutzungsflächen bei der Stadt Bremen im Vergleich zum Umland ein sechs mal höherer Anteil der Gewerbe- und Industriefläche, ein fast vier mal höherer Anteil der Wohnfläche und ein mehr als doppelt so hoher Anteil der Verkehrsfläche an der Gesamtfläche.

Bei dieser Art der Bodenflächendarstellung grenzt sich die Kernstadt Bremen deutlich von dem ländlicheren Umland ab. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die deutlichen Unterschiede vor allem durch die großflächigen (Samt)gemeinden an der Peripherie des Umlands hervorgerufen werden. Im Gegensatz dazu haben die im Süden angrenzenden Um-

landgemeinden Delmenhorst (20 % Wohnfläche, 3,5 % Gewerbe- und Industriefläche und 8,9 % Verkehrsfläche), Weyhe, Stuhr oder Achim nicht mehr die ländlichen Strukturen, die z.B. die Gemeinden Sottrum oder Dötlingen (2,0 % Wohnfläche, 0,3 % Gewerbe- und Industriefläche, 4,6 % Verkehrsfläche) noch aufweisen.

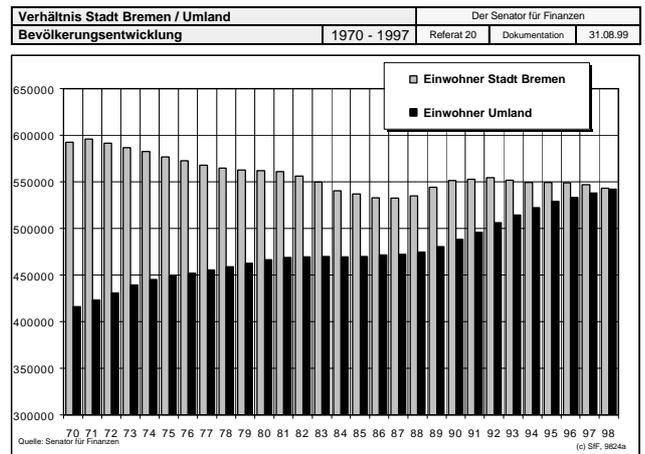
Bei einer Betrachtung der Bodenfläche je Einwohner hat das Umland jedoch nicht nur bei der Landwirtschaftsfläche, sondern auch bei der Wohnfläche (Umland: 272 m², Bremen: 89 m²), der Verkehrsfläche (Umland: 334 m², Bremen: 71 m²) und sogar bei der Gewerbe- und Industriefläche (Umland: 43 m², Bremen: 37 m²) größere Kapazitäten als die Stadt Bremen aufzuweisen (vgl. auch Stichwort „Gewerbeflächen“). Einschränkend ist bei den Nutzungsarten der Bodenfläche zu beachten, dass sie keine Aussagen über die Intensität der Nutzung wiedergeben.

Einwohner: Seit Anfang der siebziger Jahre hat die Stadt Bremen im Saldo knapp 90.000 Einwohner – mit entsprechenden Verlusten bei den steuerabhängigen Einnahmen – an das niedersächsische Umland verloren. Fünf angrenzende Gemeinden verzeichneten in den letzten Jahren dabei über die Hälfte der Wanderungsgewinne aus der Metropole.

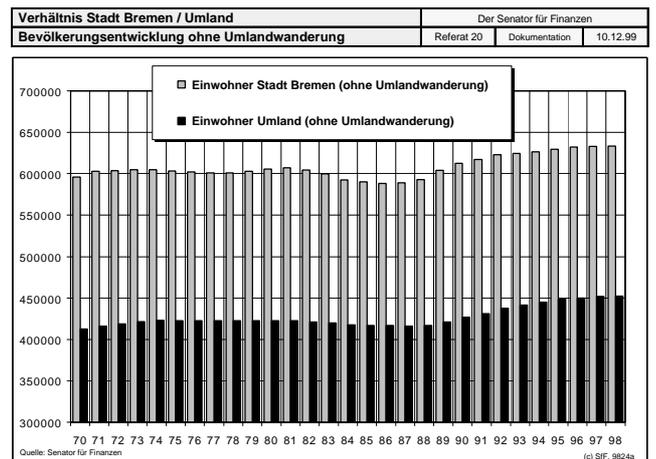
Die Bevölkerungszahl der Stadt Bremen ist seit 1971 mit Ausnahme der Jahre 1988 – 1992 (hohe Aussiedlereinwanderungen und wiedervereinigungsbedingte Zuwanderungen) stetig rückläufig. Allein im Zeitraum 1992/98 sank die Einwohnerzahl der Stadt um über 11.000 auf ca. 543.000. Im gleichen Zeitraum verlor Bremen allein durch die Umlandwanderungen im Saldo über 21.000 Einwohner, d. h. ohne Umlandwanderungsverluste hätte die Stadt Bremen seit 1992 einen Einwohnerzuwachs in Höhe von ca. 10.000 Einwohnern verzeichnen können.

Im Gegensatz zur Stadt Bremen konnte das Umland die Einwohnerzahl seit 1970 kontinuierlich um insgesamt 126.000 auf ca. 542.000 Einwohner erhöhen. Die Einwohnerdifferenz zwischen der Stadt Bremen und dem Umland ist somit in 28 Jahren von fast 177.000 auf 1.000 Einwohner zurückgegangen. Die nachfolgende Grafik verdeutlicht die extrem gegenläufige Bevölkerungsentwicklung seit Beginn der siebziger Jahre, in deren Folge die Einwohnerzahl des

des Umlands den stadtbremischen Vergleichswert nahezu erreicht hat.



Die dominierende Bedeutung der Umlandwanderung für diese Entwicklung belegt auch das folgende Diagramm, bei dem die Einwohnerentwicklung ab 1970 um den jeweiligen Umlandwanderungssaldo bereinigt wurde. Ohne Umlandwanderung wäre demnach eine annähernd identische Bevölkerungsentwicklung der Stadt Bremen und des Umlands zu verzeichnen gewesen. Seit 1970 hätte die Stadt Bremen einen Bevölkerungszuwachs in Höhe von 6,3 % (37.300 Einwohner) und das Umland von 9,6 % (39.600 Einwohner) aufgewiesen. Stattdessen ergibt sich für Bremen ein Rückgang um 8,3 % und für das Umland ein Zuwachs von 30,3 %. Im Saldo sind seit Beginn der siebziger Jahre rund 90.000 Bremer in die niedersächsischen Nachbargemeinden abgewandert.



Die bei der Bevölkerungsentwicklung für die Stadt Bremen äußerst ungünstige Bilanz gegenüber dem Umland wird auch bei Betrachtung der Region Bremen (Stadt Bremen + Umland) deutlich. Die Entwicklung der Region verlief von 1970 bis zur Wiedervereinigung stagnierend, von 1989 – 1995 gab es deutliche und ab 1995 nur noch leichte Anstiege

(Indexwerte: 1970 = 100, 1989 = 102, 1995 = 107, 1998 = 108). Diese Entwicklung ist nahezu identisch mit der Bevölkerungsentwicklung in Niedersachsen (Indexwerte: 1970 = 100, 1989 = 102, 1995 = 109, 1998 = 110). Die Einwohnerverluste der Stadt Bremen und die Einwohnergewinne des Umlands zusammengenommen geben im Verlauf der letzten 18 Jahre demnach mit geringen Abweichungen die Entwicklung der geographisch nächstgrößeren Einheit (Niedersachsen) wieder.

Dass die Stadt Bremen gemessen an den hohen Einwohnerverlusten an das Umland keine Sonderposition einnimmt, dokumentiert der folgende Großstadtvergleich, der für die Stadt Bremen im Zeitraum 1993/98 sogar deutlich unterdurchschnittliche Einwohnerverluste aufweist.

Einwohnerentwicklung in Großstädten	Einwohner		Veränderung	
	1993	1998	absolut	in %
Berlin	3.471.596	3.407.252	- 64.344	- 1,9
Hamburg	1.703.531	1.700.605	- 2.926	- 0,2
München	1.240.679	1.185.830	- 54.849	- 4,4
Köln	963.425	965.548	2.123	0,2
Essen	625.144	603.335	- 21.809	- 3,5
Frankfurt a. M.	658.815	650.468	- 8.347	- 1,3
Dortmund	609.758	592.817	- 16.941	- 2,8
Düsseldorf	574.095	568.444	- 5.651	- 1,0
Stuttgart	575.756	554.645	- 21.111	- 3,7
Bremen	551.604	544.283	- 7.321	- 1,3
Duisburg	538.421	522.449	- 15.972	- 3,0
Hannover	517.614	507.505	- 10.109	- 2,0
Durchschnitt	1.002.537	983.598	- 18.938	- 1,9

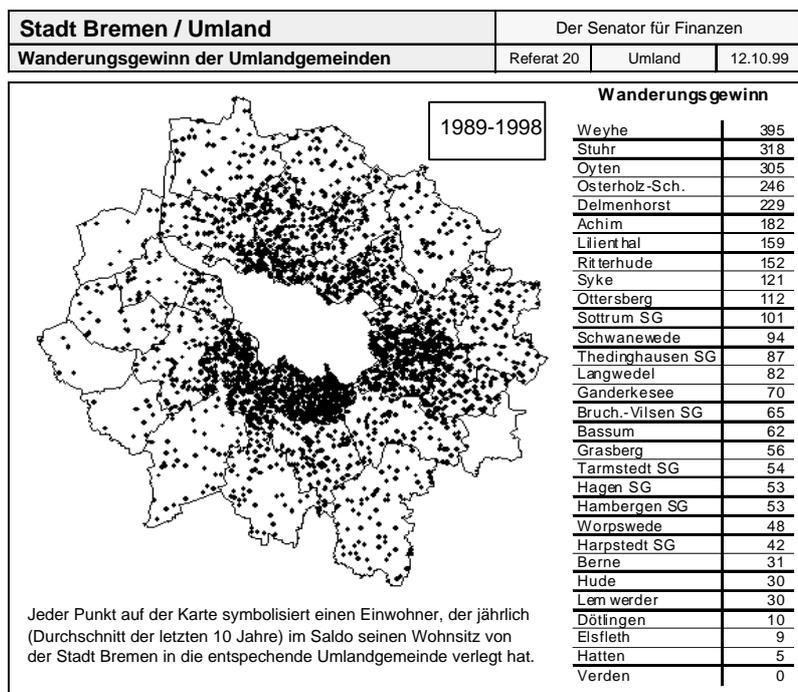
Dennoch ist es für Bremen von zentraler Bedeutung, dem aufgezeigten Umlandwanderungstrend nach Kräften entgegenzuwirken: Wenn auch weiterhin in erheblichem Umfang Einwohner aus der Stadt Bremen in das Umland ziehen (Durchschnitt der letzten zehn Jahre: im Saldo 3.200 Einwohner), ist der Bevölkerungsrückgang in Bremen durch Fernwanderungen nicht zu kompensieren, zumal auch die demographische Entwicklung am aktuellen Rand anhaltend rückläufig ausfällt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass jeder Einwohner, der seinen Arbeitsplatz im Stadtgebiet beibehält und seinen Wohnsitz in das Umland verlegt, die Stadt Bremen um steuerabhängige Einnahmen (Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen) in Höhe von 5.900 DM (Stand:

1997) bringt¹. Allein durch die im Jahr 1997 im Saldo ins Umland fortgezogenen 2.906 Einwohner ergab sich (bei gegebener Zahl der Arbeitsplätze) für Bremen somit ein steuerabhängiger Verlust in Höhe von über 17 Mio. DM.

Die folgende Grafik verdeutlicht, dass die Umlandgemeinden ganz unterschiedlich von der Abwanderung aus der Stadt Bremen profitieren. Jeder Punkt auf der Karte symbolisiert einen Einwohner, der jährlich (Durchschnitt der letzten zehn Jahre) im Saldo seinen Wohnsitz von der Stadt Bremen in die entsprechende Umlandgemeinde verlegt hat. Es ist deutlich zu erkennen, dass die Punktdichte in einigen direkt angrenzenden Umlandgemeinden wesentlich höher als in den Gemeinden an der Peripherie des Umlands ausfällt.

Die meisten Umlandwanderer sind in die Gemeinden Weyhe, Oyten, Stuhr, Delmenhorst und Osterholz-Scharmbeck gezogen. Allein diese fünf Gemeinden konnten somit fast die Hälfte des gesamten Umlandwanderungsgewinns gegenüber der Stadt Bremen für sich verbuchen. Im Gegensatz dazu verlegen im Durchschnitt im Saldo nur insgesamt 14 Einwohner Bremens ihren Wohnsitz nach Hatten, Elsfleth und Verden. Dies entspricht nur 0,5 % des gesamten Wanderungsgewinns des Umlands mit der Stadt Bremen.

Wirtschaftsleistung / Beschäftigung: 39 %



¹ (Vergleiche: FINANZ-BERICHT BREMEN 1/97: „Steuerliche Effekte von Arbeitsplätzen und Einwohnern“)

der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Stadt Bremen sind Einpendler. Der „Außenbeitrag“ zur Wirtschaftsleistung des Landes Bremen beträgt 27 %.

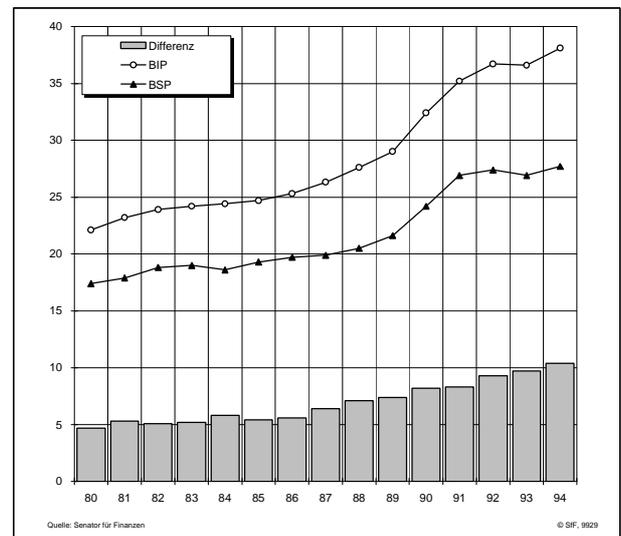
Bei Betrachtung der Wirtschaftsleistung, ist ein unmittelbarer Vergleich der Gemeinde Bremen und der Umlandgemeinden nicht möglich, da Werte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht in der erforderlichen Differenzierung vorliegen. Es ist aber möglich, für das Land Bremen das Bruttosozialprodukt (BSP; die von Inländern [Bremern] erbrachte Wirtschaftsleistung) und das Bruttoinlandsprodukt (BIP; im Inland [Bremen] erbrachte Wirtschaftsleistung) gegenüberzustellen. Damit besteht die Möglichkeit den „Außenbeitrag“ der Einpendler an der bremischen Wirtschaftsleistung abzubilden. Zugleich wird dadurch eine erste Quantifizierung der bestehenden Pendlerproblematik vorgenommen.

Im Jahr 1994 wies das Land Bremen ein Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) von 38,1 Milliarden DM auf. Diesem Betrag stand ein Bruttosozialprodukt (in jeweiligen Preisen) von 27,7 Milliarden DM gegenüber. Im Saldo beträgt der „Außenbeitrag“ am Bremer BIP somit 10,4 Mrund DM. Dies sind über 27 % der bremischen Wirtschaftsleistung. Die finanzielle Entlohnung dieser Leistungen erfolgt -bezogen auf die Einkommenskomponente - an Einwohner anderer Bundesländer und führt somit in Bremen zu den dargestellten steuerlichen Verlusten (Lohnsteuererlegung nach dem Wohnsitzprinzip, vgl. auch Stichwort „Steuereinnahmen“; Umsatzsteuerverteilung u.a. nach Einwohnerzahl).

Der Vergleich mit den Ländern des früheren Bundesgebietes zeigt, dass diese Relation insbesondere eine Stadtstaatenproblematik abbildet. Hamburg wies 1994 einen Anteil von 24 %, Berlin (West) von 12 % Außenbeitrag zum BIP auf. Die Flächenländer des früheren Bundesgebietes verzeichneten dementsprechend 1994 insgesamt einen negativen Außenbeitrag zum BIP, wobei Hessen (+16 %) und das Saarland (+9 %) die Problematik der Stadtstaaten teilten. Niedersachsen nimmt, bedingt vor allem durch die Umlandgemeinden von Hamburg und Bremen, nach absoluten Beträgen den zweiten und bei prozentualer Betrachtung den dritten Platz der Bundesländer ein, deren BSP das BIP übersteigt. Niedersachsen fließt also im Gegensatz zum Land Bremen Erwerbs- und Vermögenseinkommen zu, das jenseits der Landesgrenze erwirtschaftet wurde. Für das Land Bremen zeigt folgende Grafik, dass diese pendlerbedingten Einkommensverluste nicht

nur ein sehr hohes Niveau erreicht haben, sondern - mit besonderer Dynamik ab 1985 - fast linear an-

Differenz Bruttoinlandsprodukt - Bruttosozialprodukt	Der Senator für Finanzen		
(in jeweiligen Preisen; in Mrd. DM)	1980 - 1994	Referat 20	Dokumentation
			23.06.99



steigen.

Während der BIP-BSP-Vergleich erste Hinweise auf die Größenordnung der Pendlerverflechtungen zwischen der Stadt Bremen und dem Umland liefert, ergibt sich eine exaktere Quantifizierung über die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter wird sowohl am Arbeitsort als auch am Wohnort erhoben. Die Differenz bildet somit den Pendlersaldo der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ab. Dabei ist einerseits zu berücksichtigen, dass die Pendlersalden der Stadt Bremen und des Umlands nicht identisch ausfallen, da auch Pendlerverflechtungen mit anderen Gebietskörperschaften in die Berechnungen eingehen. Andererseits ist zu beachten, dass der Pendlersaldo sozialversicherungspflichtig Beschäftigter Teile der Gesamtbeschäftigtenzahlen (Beamte, geringfügig Beschäftigte) nicht abbildet.

Die folgende Tabelle zeigt, dass die Pendlersalden sowohl der Stadt Bremen als auch des Umlands in den vergangenen Jahren auf hohem Niveau nahezu stagnierten. Im Saldo gab es zum Stichtag 30.06.1998 ca. 68.000 sozialversicherungspflichtig beschäftigte Einpendler in die Stadt Bremen und 53.500 Auspendler aus dem Umland. Auch ohne die genaue Herkunft der bremischen Einpendler und das Ziel der Auspendler aus dem Umland nachweisen zu können, ist davon auszugehen, dass damit in etwa die Größenordnung der Stadt Bremen- Umland-Verflechtung bei den sozialversicherungspflichtigen Pendlern abgebildet wird.

Gegenstand der Nachweisung		1995	1996	1997	1998
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort	Stadt Bremen	176.994	171.170	168.249	166.039
	Umland		178.057	179.714	179.207
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	Stadt Bremen	244.611	240.482	237.371	234.117
	Umland	126.004	124.689	124.533	125.707
Pendlersaldo	Stadt Bremen	67.617	69.312	69.122	68.078
	Umland		-53.368	-55.181	-53.500

Aus der saldierten Betrachtung sind Rückschlüsse auf den Grad der Besetzung bremischer Arbeitsplätze durch niedersächsische Arbeitnehmer nicht unmittelbar zu ziehen, da hierfür eine Differenzierung nach Ein- und Auspendlern erforderlich ist, die datenmäßig nicht fortlaufend und aktuell zur Verfügung steht.

Für das Jahr 1996 hat das Statistische Landesamt Bremen knapp 24.300 sozialversicherungspflichtig beschäftigte Auspendler aus der Stadt Bremen errechnet. Bei einer Gesamtzahl der in der Stadt Bremen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Höhe von ca. 240.500 und der Gesamtzahl von rund 171.200 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Wohnsitz in der Stadt Bremen bedeutet dies, dass 39 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die 1996 in der Stadt Bremen arbeiteten, Pendler waren.

Arbeitsmarkt: Trotz fast doppelter Arbeitsplatzdichte pro Einwohner weist die Stadt Bremen – mit entsprechenden arbeitsmarktbezogenen Folgekosten – gravierend höhere Arbeitslosenquoten auf als das angrenzende Umland, dessen Arbeitsmarktsituation sogar im Bundesvergleich positiv ausfällt.

Wie bereits dargestellt, sind seit Beginn der 70er Jahre im Saldo rund 90.000 Bremer in das Umland abgewandert. Die Notwendigkeit, gleichzeitig auch den Arbeitsplatz zu wechseln, war durch die günstigen infrastrukturellen Voraussetzungen überwiegend nicht gegeben. Die Frage, inwieweit Bremen in der Lage gewesen wäre, einen entsprechenden Verlust an qualifizierten Arbeitsplätzen aufzufangen, bleibt daher hypothetisch. Faktum ist allerdings, dass sich die durch Abwanderungen und Pendlerver-

flechtungen verursachten Probleme der Stadt auf dem Arbeitsmarkt spürbar niederschlagen:

Die Beschäftigungssituation fällt in Bremen beträchtlich ungünstiger aus als in allen angrenzenden Umlandgemeinden. Bei nahezu identischer Einwohnerzahl ist die Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter im Umland um knapp 8 % höher als im Stadtgebiet. Die Anzahl der korrespondierenden Arbeitsplätze hingegen fällt um etwa 46 % niedriger aus. Anders ausgedrückt: Die Stadt Bremen stellt 43 Arbeitsplätze pro 100 Einwohner, das Umland 23.

Die nachfolgende Tabelle zeigt, dass die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort in der Zeit zwischen 1996 und 1998 in Bremen um 2,6 % (1990/98: - 6,5 %) abnahm, hingegen im Umland um 0,8 % (1990/98: + 8,6 %) anstieg. Legt man die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort zugrunde, ergibt sich in Bremen im gleichen Zeitpunkt ebenfalls eine Abnahme von 2,6 % und im Umland eine Zunahme um 0,6 %. Bezogen auf die gleichzeitige Einwohnerentwicklung (Bremen 1996/98: - 1,0 %; vgl. Tabelle) läßt sich daraus schließen, dass überproportional Beschäftigte in das niedersächsische Umland abwandern. Nicht quantifizierbar ist, in welchem Umfang auch Unternehmen der Abwanderung von Einwohnern/Be-

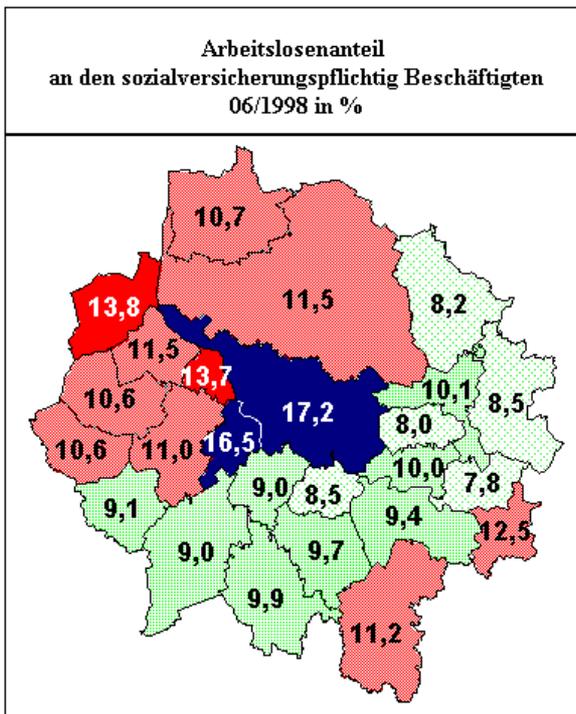
Bremen und das Umland	Senator für Finanzen	
	Ref. 20	02.12.99

		1996	1997	1998
Einwohner	Bremen	548.826	546.968	543.279
Insgesamt am 31.12.	Umland	533.189	537.950	542.105
Arbeitslose 1)	Bremen	33.108	35.002	34.418
	Umland	21.882	23.164	22.821
Arbeitslosenanteil an den sozialversicherungspfl. Beschäftigten in %	Bremen	16,2	17,2	17,2
	Umland	10,9	11,4	11,3
sozialversicherungspflichtig Beschäft. am Wohnort 2)	Bremen	171.170	168.249	166.039
	Umland	178.057	179.714	179.207
sozialversicherungspflichtig Beschäft. am Arbeitsort 3)	Bremen	240.482	237.371	234.117
	Umland	124.689	124.533	125.707

schäftigten folgen.

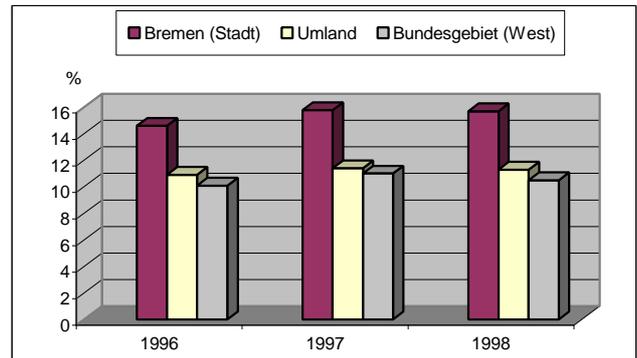
Die Konsequenzen für den Arbeitsmarkt sind gravierend: Vorstehende Tabelle gibt einen kurzen Überblick über die wichtigsten arbeitsmarktbezogenen Vergleichsdaten zwischen Bremen und seinem Umland. Die Arbeitslosenquote für die Stadt Bremen – aus Gründen der Vergleichbarkeit ausnahmsweise berechnet als Anteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – lag demnach im Jahre 1998 bei 17,2 %, im Umland bei 11,3 %. Mißt man Arbeitslosigkeit nicht am Beschäftigungsvolumen, sondern an den Arbeitsplätzen, liegt die Quote in Bremen bei 14,7 % und im Umland bei 18,2 %.

Die folgende Abbildung weist die Arbeitslosenanteile der Umlandgemeinden sowie der Stadtgemeinde Bremen aus. Es zeigt sich, dass die an die wirtschaftsstarken Achsen der Stadt angrenzenden Gemeinden von der Pendlerverflechtung mit Bremen in besonderem Maße profitieren. Fast ausschließlich bewegen sich die Arbeitslosenquoten der Umlandgemeinden in einer Spannweite von 7,8 % (Langwedel) und 13,8 % (Elsfleth). Lediglich das ebenfalls städtisch strukturierte Delmenhorst liegt mit einer Quote von 16,5 % in etwa in der Größenordnung Bremens.



Ein unmittelbarer Vergleich der Arbeitslosigkeit in Stadt und Umland mit der Arbeitsmarktlage im übrigen Bundesgebiet ist nicht möglich, da für Betrachtungen des Umlands als Bezugsgröße der Arbeitslosen lediglich die Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter zur Verfügung steht. Die daraus errechnete Arbeitslosenquote fällt aufgrund der kleineren Basis (ohne Beamte und geringfügig Beschäftigte) höher aus als die üblicherweise zur Dokumentation der Arbeitslosigkeit herangezogenen Relationen. Unter diesem Vorbehalt ist aus nachfolgender Grafik abzulesen, dass zwar die Stadt Bremen eine deutlich über dem übrigen westlichen Bundesgebiet liegende Arbeitslosenquote aufweist (Land Bremen: Spitzenwert der West-Bundesländer) gleichzeitig das stadtbremische Umland den vergleichbaren Bundeswert – bereinigt um vorstehend beschriebene Effekte – sogar noch unterschreitet.

Arbeitslosenquote* im Jahresdurchschnitt (in %)	Senator für Finanzen	
	Ref. 20	Controlling 20.08.99



* Bremen und Bundesgebiet: Arbeitslosenquote
Umland: Arbeitslosenanteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am 30.06.

Festzustellen ist damit, dass Bremen aufgrund der bereits mehrfach dargestellten Abwanderungs- und Pendlerproblematik nicht nur in erheblichem Umfang Steuereinnahmen an das Umland verliert, sondern neben den Infrastrukturkosten für die Bereitstellung von Arbeitsplätzen und oberzentralen Angeboten auch noch weit überdurchschnittliche Folgekosten der angespannten Arbeitsmarktlage zu tragen hat. Hieraus resultieren zum Teil auch die stark überdurchschnittlichen Sozialhilfe-Belastungen, für die Stadt-Umland-Vergleiche allerdings nicht systematisch anzustellen sind.

Steuereinnahmen: Wesentlich verursacht durch die Abwanderung überdurchschnittlich „steuerstarker“ Einwohner aus der Stadt Bremen verzeichneten die niedersächsischen Umland-gemeinden im Zeitraum 1983/98 nahezu eine Verdopplung ihrer Steuereinnahmen (Stadt Bremen: + 47 %).

Die wichtigsten Gemeindesteuern sind die Realsteuern (Gewerbesteuer, Grundsteuer A und B) und der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer.

Bei der Grundsteuer A sind Betriebe der Land- und Forstwirtschaft Besteuerungsgrundlage. Die Bedeutung dieser Steuerart ist in Großstädten verständlicherweise sehr gering. Der Anteil an den Steuern (netto) insgesamt betrug 1998 bei der Stadt Bremen nur 0,04 %, lag allerdings im eher ländlicheren Umland ebenfalls lediglich bei 1,4 %.

Bei der Grundsteuer B ist der Wert von Grundstücken Besteuerungsgrundlage. Hier verzeichnete die

Stadt Bremen 1998 ein Einnahmenvolumen von 197 Mio. DM (362 DM je Einwohner), das Umland, bei allerdings geringeren Hebesätzen, einen Betrag von 98 Mio. DM (180 DM je Einwohner).

Besondere Beachtung sowohl gemessen am Volumen, als auch an der Aussagekraft hinsichtlich der wirtschaftlichen Leistungskraft, gebührt der Gewerbesteuer². Besteuerungsgrundlage waren bis 1997 der Gewerbeertrag und das Gewerbekapital, seit 1998 wird nur noch der Gewerbeertrag besteuert. Üblicherweise wird auf Gemeindeebene die Gewerbesteuer netto ausgewiesen und betrachtet. Dies ist die Summe der Steuereinnahmen, die nach Anwendung des Hebesatzes und nach Verteilung der Gewerbesteuerumlagen an Bund und Land in den jeweiligen Gemeindehaushalt eingeht. Insgesamt hat die Region Bremen (Stadt Bremen und Umland) 1997 über 586 Mio. DM Gewerbesteuereinnahmen erzielt. Die Aufteilung zwischen der Stadt Bremen und dem Umland betrug 63 zu 37 Prozent.

Die unterschiedliche Höhe der Gewerbesteuereinnahmen (Bremen: 367 Mio. DM, Umland: 219 Mio. DM) läßt aber noch keinen endgültigen Rückschluß auf die Steuerkraft der Gemeinden zu, da die Hebesätze, die auf die nach einheitlichen Kriterien festgelegten Meßbeträge bzw. Zerlegungsanteile angewendet werden, stark variieren. Eine vergleichbare Berechnungsgrundlage bieten hier nur die über Hebesatzeffekte bereinigten, sog. Meß- oder Grundbeträge. Der Unterschied zwischen diesen Größen besteht u. a. darin, dass sich auf die Grundbeträge Stundungen, Vergünstigungen nach dem Zweiten Wohnungsbaugesetz und periodenfremde Zahlungen auswirken. Eine grundsätzliche Präferenz zwischen diesen Berechnungsgrößen gibt es nicht. In den Fällen, bei denen ein kommunaler Vergleich für ein bestimmtes Jahr dokumentiert wird, wird die Verwendung der Grundbeträge bevorzugt, da diese nach bundeseinheitlichen Merkmalen ermittelt werden und meist schneller verfügbar sind. Für jede Realsteuerart und für jede Gemeinde wird der Grundbetrag nach folgender Formel berechnet:

$$\text{Grundbetrag} = \text{Istaufkommen} \times 100 / \text{Hebesatz}$$

Der um den Hebesatz bereinigte Grundbetrag der Stadt Bremen belief sich 1997 auf 107 Mio. DM, der des Umlands auf 82 Mio. DM. Das Aufkommen

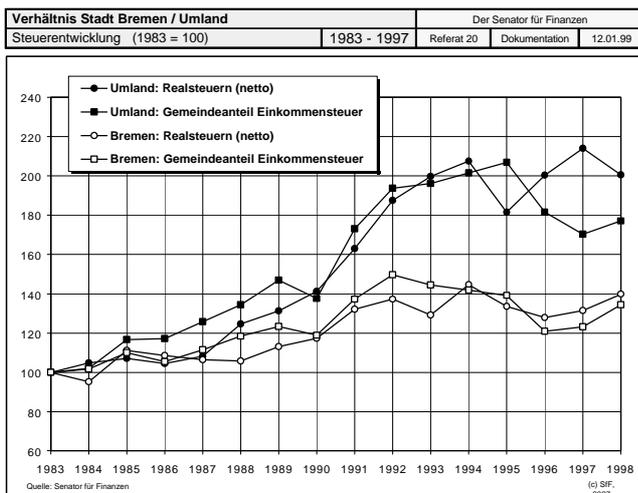
² Der Gewerbesteuervergleich Bremen/Umland ist nur bis 1997 möglich, da der Grundbetrag, das Istaufkommen und der Hebesatz des Umlands für 1998 noch nicht vorliegen.

der Stadt Bremen betrug demnach 57 % des gesamten Gewerbesteuergrundbetrages der Region. Der Unterschied zur Aufteilung der Gewerbesteuereinnahmen (63 % zu 37 %) liegt in der unterschiedlichen Höhe der Hebesätze. Im Jahr 1997 betrug der Hebesatz der Stadt Bremen 420 %. Das fiktive Gebilde „Umland“ hat an sich keinen einheitlichen Hebesatz. Über die angegebene Formel zur Berechnung des Grundbetrages läßt sich jedoch ein Hebesatz für das Umland berechnen, da die Grundbeträge und Istaufkommen der einzelnen Umlandgemeinden bekannt sind. Mit 340 % liegt der Hebesatz des Umlands deutlich unter dem der Stadt Bremen.

	Gewerbesteuer in Mio. DM			
	Bremen		Umland	
	1987	1997	1987	1997
Grundbetrag	88,3	107,4	41,5	82,1
Istaufkommen	370,9	451,1	128,7	278,8
netto-Einnahme	324,9	367,3	107,3	218,7
Hebesatz	420 %	420 %	310 %	340 %

Das Verhältnis der Gewerbesteuergrundbeträge Bremen / Umland stellte sich 1987 noch anders dar. Im Gegensatz zum Jahr 1997 konnte die Stadt Bremen mit rund 88 Mio. DM mehr als zwei Drittel der gesamten Gewerbesteuergrundbeträge der Region verbuchen. Das Umland hatte mit knapp 42 Mio. DM nur einen Anteil von 32 % an den Grundbeträgen der Region. Dieser Anteil konnte bis 1997 zu Lasten der Kernstadt auf 43 % ausgebaut werden.

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ist der Betrag des Jahresaufkommens an Lohn- und veranlagter Einkommensteuer im jeweiligen Bundesland, der den Gemeinden nach Zerlegung zusteht. Die Aufteilung auf die einzelne Gemeinde bestimmt sich nach ihrem Anteil an der Summe der im Rahmen der Bundesstatistiken unter Einbeziehung bestimmter Höchstgrenzen über die veranlagte Einkommensteuer und die Lohnsteuer ermittelten Einkommensteuerbeträge. Im Zeitraum 1990 / 98 verzeichnete die Stadt Bremen hier einen Zuwachs um 38 auf 326 Mio. DM (+ 13 %), das Umland um 59 auf 267 Mio. DM (+ 29 %). Allerdings ist zu beachten, dass die Entwicklung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer in dieser Phase weder in Bremen noch im Umland kontinuierlich verlief. Die Stadt Bremen erzielte 1992 Einnahmen von 363 Mio. DM, die sich bis 1996 (294 Mio. DM) kontinuierlich verringerten. Dieser Trend wurde erst 1997 mit einem leichten Anstieg um 5,5 Mio. DM unterbrochen.



Das Umland hatte bis 1995 einen kontinuierlichen Anstieg bis auf 311 Mio. DM zu verzeichnen. In den Jahren 1996 und 1997 waren die Einnahmen rückläufig, bevor sie 1998 wieder um 10 Mio. DM stiegen.

In der Summe spiegelt die Entwicklung der Steuereinnahmen in Stadt und Umland die nachhaltigen Verluste der Stadt Bremen wieder, die in den vergangenen Jahren durch Einwohnerabwanderungen und Ansiedlungskonkurrenz ausgelöst wurden: Gegenüber 1983 - dem ersten Jahr mit vergleichbaren Umlandwerten - stiegen die stadtbremischen Gemeindesteuern bis 1998 lediglich um rund 47 %. In den Umlandgemeinden konnte gleichzeitig eine annähernde Verdopplung (+ 97 %) der Steuereinnahmen verzeichnet werden. Und auch seit Beginn der neunziger Jahre hielt das gegenüber Bremen (1990/98: + 23 %) deutlich überproportionale Steuerwachstum des niedersächsischen Umlandes unvermindert an (1990/98: + 41 %).

Diese Verlagerung originärer gemeindlicher Steuereinnahmen aus der Kernstadt in das Umland wird selbst bei einwohnerbezogener Betrachtung der steuerlichen Gesamteinnahmen deutlich: Während die Gemeindesteuereinnahmen des Umlandes im Zeitraum 1983/98 um 68 % auf 1.110 DM je Einwohner stiegen, erhöhte sich das korrespondierende Einnahmenvolumen der Stadt Bremen - trotz wesentlich ungünstigerer Bevölkerungsentwicklung - lediglich um knapp 48 % auf 1.510 DM je Einwohner. Für den Zeitraum 1990/98 sind mit 28 gegenüber 23 % gleichfalls überproportionale Zuwächse des Umlandes zu verzeichnen. Diese Entwicklung ist ein Indiz dafür, dass die Steuergewinne des Umlandes gegenüber der Stadt Bremen in der Vergangenheit

nicht nur durch den Umfang der Umlandwanderung bremischer Einwohner, sondern zusätzlich durch die überdurchschnittlich hohe „Steuerkraft“ der nach Niedersachsen abwandernden Bevölkerung verursacht wurden.

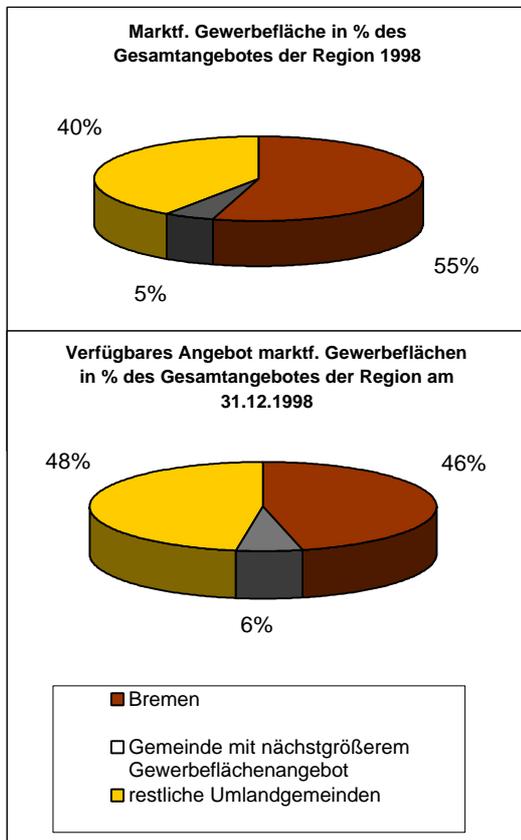
Gewerbeflächen: Das Volumen kurzfristig verfügbarer Gewerbeflächen und - bei einwohner-bezogener Betrachtung - auch deren Vergabe fallen in Bremen aktuell geringer aus als im Umland.

Das Gewerbeflächenkataster Weser-Jade 1999, herausgegeben von der Wirtschaftsförderungs-Gesellschaft Weser-Jade mbH, bietet für eine vergleichende Betrachtung der Gewerbeflächenverhaltung und -vergabe der Stadtgemeinde Bremen und ihrer Umlandgemeinden derzeit die einzige verwertbare Datenquelle. Es zeigt für den Bereich des Kommunalverbundes Weser-Jade auf, welcher Anteil der nach Planungsrecht gewerblich nutzbaren Flächen der jeweiligen Gemeinden nach festgelegten Kriterien als marktfähig eingestuft werden kann. Als nichtmarktfähig werden dabei die Gewerbeflächen eingestuft, die belegt sind, von der Kommune einem anfragenden Investor z.B. wegen Verdachts auf Bodenkontaminierung nicht angeboten werden können bzw. sonstige Kriterien hinsichtlich Planungsrecht, Erschließung und Verkaufsbereitschaft nicht erfüllen. Da Erfahrungswerte belegen, dass Investoren in der Regel sofort oder aber innerhalb eines Jahres neue Gewerbefläche nutzen möchten, ist zusätzlich zu den marktfähigen Flächen eine Ausweisung nach dem verfügbaren Angebot marktfähiger Flächen (Nutzungsbeginn sofort oder innerhalb eines Jahres) sinnvoll.

Da das Gewerbeflächenkataster Weser-Jade die sechs Umlandgemeinden Elsfleth, Bassum, Verden, Sottrum, Tarmstedt und Hagen nicht beinhaltet, wurde bei der Gewerbeflächenbetrachtung die Umlandabgrenzung entsprechend angepasst. Vom Gesamtangebot marktfähiger Gewerbeflächen der so definierten Region entfallen mit 323 Hektar über 55 % auf die Stadt Bremen.

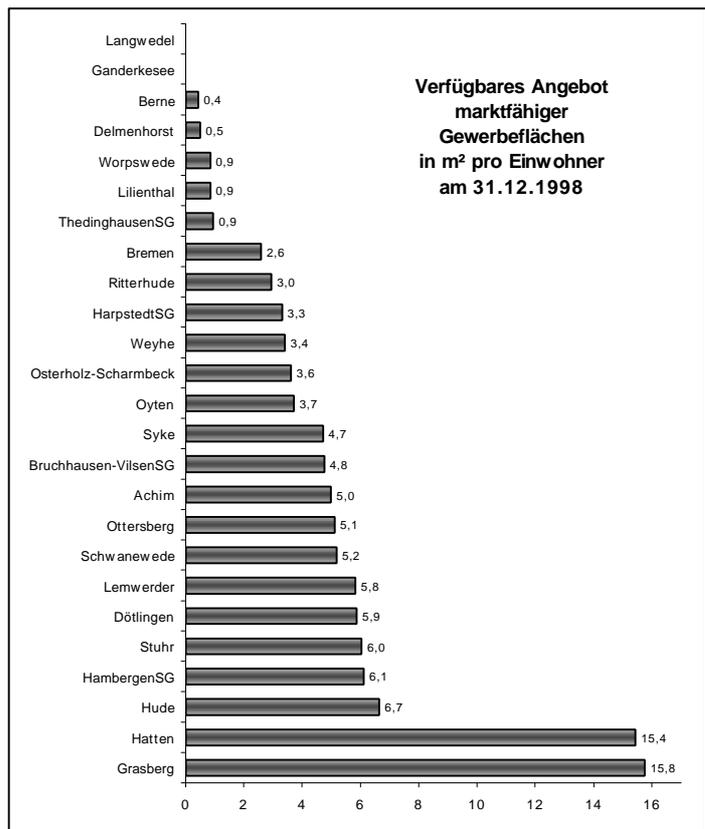
Diese Flächenverteilung auf Stadt und Umland kehrt sich allerdings um, wenn die kurzfristige Verfügbarkeit des Flächenangebotes im Sinne der oben dargestellten Definition zugrunde gelegt wird. Bei den Flächen, die potentiellen Investoren spätestens

innerhalb einer Jahresfrist zur Verfügung gestellt werden können, betrug der Anteil Bremens an der Gesamtregion - allerdings ohne Differenzierungsmöglichkeit hinsichtlich der Wertigkeit des Angebotes - zum Stichtag 31.12.1998 lediglich 46 % (142 Hektar).



Dieses offensichtliche Mißverhältnis des Flächenangebotes zwischen Kernstadt und Umland wird noch transparenter bei Betrachtung eines Vergleichmaßstabes, der die Einwohnerzahl bzw. die Zahl der Beschäftigten am Arbeitsort hinzuzieht. Beim verfügbaren Angebot marktfähiger Gewerbeflächen pro Einwohner belegt die Stadt Bremen mit 2,6 m² einen hinteren Platz im Gemeindevergleich. Das Umland insgesamt hatte am Jahresende 1998 ein verfügbares Angebot marktfähiger Gewerbeflächen von 3,6 m² pro Einwohner. Je Einwohner werden somit im Umland 38 % mehr verfügbare Gewerbeflächen vorgehalten als in der Stadt Bremen. Das Verhältnis verstärkt sich bei der Betrachtung des verfügbaren Angebotes pro sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort noch drastisch. Bei dieser Betrachtungsweise weist die Kennzahl der Umlandgemeinden (16,2 m²) 270 % des Vergleichswertes der Stadt Bremen (6,0 m²) auf.

Gewerbeflächen in ausreichendem Umfang und a-



däquater Qualität vorzuhalten dient dem Ziel, als Gemeinde auf unterschiedlichste Gewerbeflächenanfragen bzgl. Lage, Größe, Anbindung etc. reagieren zu können. Inwieweit dies der Stadt Bremen und dem Umland gelungen ist, verdeutlicht das Maß der im Jahr 1998 vergebenen Gewerbefläche. Die Stadt Bremen konnte 25 ha ihrer verfügbaren Gewerbefläche an Interessenten vergeben. Dies sind 37 % der Gesamtfläche, die in der Region vergeben wurde. Das Umland hat somit einen Anteil von 63 % an der 1998 vergebenen Fläche. Acht Umlandgemeinden konnten dabei keine Gewerbefläche vergeben. Mehr als 3 ha vergaben die Gemeinden Syke (3,5), Oyten (4,8), Osterholz-Scharmbeck (5,3) und Achim (10,0). Die Gewerbeflächenvergabe dieser vier Umlandgemeinden entspricht mit zusammen ca. 24 ha fast der Flächenvergabe der Stadt Bremen. Bei der einwohnerbezogenen Betrachtung liegt Bremen mit 0,5 m² vergebene Gewerbefläche pro Einwohner von den Gemeinden, die überhaupt Gewerbefläche vergeben haben, an viertletzter Stelle. Den höchsten einwohnerbezogenen Wert mit 3,3 m² weist die Gemeinde Achim auf.

Es ist nach alledem zu berücksichtigen, dass die im Gewerbeflächenkataster Weser-Jade für 1998 genannte Gewerbeflächenvergabe Bremens von ca. 25 ha nach Aussage des Senators für Wirtschaft und Häfen aus heutiger Sicht (Stand: 14.12.1999)

auf rund 19 ha zu korrigieren ist. Dieser Wert stellt jedoch das mit Abstand niedrigste Vergabevolumen seit 1993 dar. Im Zeitraum 1994/1997 weist Bremen nach Datenbeständen des Senators für Wirtschaft und Häfen eine durchschnittliche Gewerbeflächenvergabe von ca. 37 ha p.a. auf. Auch dieser Wert liegt jedoch noch knapp unter dem einzigen für die Umlandgemeinden verfügbaren Vergleichswert von insgesamt rund 42 ha für das Jahr 1998.

Festzustellen ist, daß allein die vier Umlandgemeinden Achim, Oyten, Stuhr und Syke in dem mit hoher Standortpräferenz belegten Bereich um das Bremer Kreuz in 1998 rund 19,5 ha Gewerbefläche vergeben konnten. Nach weitestgehender Belegung der Gewerbegebiete Mahndorf und Osterholz war Bremen in diesem Bereich durch ein deutliches Angebotsdefizit geprägt. Seit 1998 verfügt Bremen nun über Flächen in den hochattraktiv gelegenen Gebieten Gewerbepark Hansalinie und Horn-Lehe West. Seit 1999 können darüberhinaus die für hochwertige Dienstleistungsunternehmen vorgesehenen Flächen des Büroparks Oberneuland vermarktet werden. Die Bestrebungen des 1993 vom Senat aufgestellten integrierten Flächenprogramms für Gewerbe und Dienstleistungen (IFP) greifen damit hinsichtlich einer bedarfsgerechten Flächenbereitstellung in diesem für die gewerbliche Entwicklung wesentlichen Teilbereich Bremens erst seit 1998 in größerem Umfang. Es ist davon auszugehen, daß sich, insbesondere mit den Planungen für auch langfristig verfügbare Entwicklungspotentiale des Gewerbeparks Hansalinie, zukünftig eine verbesserte gewerbliche Ansiedlungsentwicklung Bremens im Vergleich zu den benachbarten Umlandgemeinden einstellen wird. Nach vorläufigen Zahlen (Stand 14.12.1999) des Senators für Wirtschaft und Häfen ist für das Jahr 1999 von einer Flächenvergabe der Stadtgemeinde Bremen von ca. 60 ha auszugehen.

Fazit

Seit Jahren setzt sich die Entwicklung der früher überwiegend ländlich orientierten, dünn besiedelten bremischen Umlandgemeinden zu einer Region, die von der Bevölkerungsdichte und der Gewerbeansiedlung deutlich städtischer geprägt ist, weiter fort. Es ist jedoch zu erkennen, dass es dabei große Unterschiede sowohl in der Struktur als auch in der Entwicklungsgeschwindigkeit der einzelnen Umlandgemeinden gibt.

Das Verhältnis der Stadt Bremen zu seinem niedersächsischen Umland ist durch massive Einwohnerabwanderungen, hohe Einpendlersalden, starke Verluste an Steuereinnahmen, überproportionale Arbeitsmarktprobleme, besondere Kostenbelastungen (Infrastrukturen, oberzentrale Einrichtungen, Folgekosten der Arbeitsmarktlage) und eine intensive Gewerbeflächenkonkurrenz der angrenzenden Gemeinden geprägt.

Trotz dieser anhaltenden Konkurrenz der Umlandgemeinden stellt die Stadt Bremen gleichwohl weiterhin eindeutig das Oberzentrum der Region dar. Dieses Oberzentrum hat in den letzten Jahren einseitig die Lasten der aufgezeigten Entwicklung getragen.

Das Problem der Suburbanisierung ist ein zentrales Zukunftsthema für die Freie Hansestadt Bremen. Es müssen daher noch mehr Energien aufgewendet werden, um diesen Prozeß zumindest abzuschwächen und die Folgen dieses Prozesses durch flankierende Maßnahmen aufzufangen. Es müssen dabei einerseits die Vorteile, die die Großstadt Bremen sowohl als Standort für Unternehmen als auch als Wohnort zu bieten hat, noch mehr genutzt werden, andererseits muß darauf hingearbeitet werden, dass die geltende Steuerverteilung, die den Ort der Wirtschaftsleistung zugunsten des Wohnortes der Beschäftigten benachteiligt, auf eine auch für die Stadtstaaten akzeptable Regelung geändert wird.

Die Umlandgemeinden müssen erkennen, dass sie langfristig von einem finanziell starken Bremen mehr profitieren, als von einem dauerhaft geschwächten Bremen. Unter diesen Voraussetzungen ist eine Stärkung der gesamten Region anzustreben, ohne berechnete Interessen einzelner Gebietskörperschaften zu vernachlässigen.

Autoren: Marko Holzschneider und Marion Müller
(Sachbearbeiter beim Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen)

1998

Strukturdaten 1997

		Stadt Bremen	Umland
Gebietsfläche in km ²	km ²	327	3.381
Gewerbe- und Industriefläche	ha	2.055	2.190
Wohnfläche		4.896	14.019
Wohngebäude	Anzahl	107.097	143.708
Wohnungen		276.187	218.699
Fläche der Wohnungen insg.	100 m ²	209.650	223.662

Einwohner

	Stadt Bremen	Umland
Insgesamt	543.279	542.105
Veränderung zum Vorjahr	-3.689	4.155
Veränderung zum Vorjahr in %	-0,67	0,77
Einwohner pro km ²	1.664	160
Zuzüge	21.174	35.571
Fortzüge	23.743	31.556
Wanderungssaldo	-2.569	4.015
Wanderungssaldo Bremen / Umland	-3.852	3.852
Wanderungssaldo ohne Bremen/Umland - Wanderungen	1.181	265

Arbeitsmarkt am 30.06.

	Stadt Bremen	Umland
Arbeitslose insgesamt	34.418	22.821
Veränderung zum Vorjahr	-584	-343
Arbeitslosenanteil an den sozialvers. Beschäft. in %	17,17	11,30
Sozialversicherungspflichtig Beschäft. (Wohnort)	166.039	179.207
Sozialversicherungspflichtig Beschäft. (Arbeitsort)	234.117	125.707
Pendlersaldo	68.078	-53.500

Steuern

		Stadt Bremen	Umland
Steuern (netto) insgesamt		1.013.523	596.669
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer		326.166	266.499
Realsteuer (netto)	TDM	593.184	299.656
- Gewerbesteuer		396.279	193.474
- Grundsteuer A		390	8.480
- Grundsteuer B		196.515	97.702
Hebesatz Grundsteuer A	1997 In %	250	319
Hebesatz Grundsteuer B		490	318
Hebesatz Gewerbesteuer		420	340

Finanzübersicht

		Stadt Bremen	Umland
Bereinigte Einnahmen des Gesamthaushalts	TDM	3.782.500	1.408.509
Bereinigte Ausgaben des Gesamthaushalts		3.965.200	1.388.706
Personalausgaben	TDM	1.393.600	345.149
Baumaßnahmen		297.200	149.367
Zinsausgaben		204.100	47.400
Nettoneuverschuldung (Kreditmarkt) 1997		628.000	5.282
Schuldenstand (Jahresende) 1997		3.193.600	802.556
Deckungsquote	%	95,4	101,4
Zinslastquote		5,1	3,4
Zins-Steuerquote		20,1	7,9
Personal-Ausgabenquote		35,1	24,9
Baumaßn.-Ausgabenquote		7,5	10,8